Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Dienstag, 18. Januar 1921 · Nummer 28 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4803, 4635, 4640, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Hohenzollernkomplott

Der Kronprinz putscht

Aus dem Haag wird berichtet, daß die holländische Regierung die Polizeiabteilung auf der Insel Wieringen, dem Aufenthaltsort des ehemaligen Kronprinzen, verstärkt hat. Bei seinen Ausgängen soll der Kronprinz fortan unter polizeiliche Bewachung gestellt werden. Die holländische Regierung soll weiter die Absicht haben, die Hohenzollern zum Verlassen Hollands zu bewegen, da sie sichere Beweise habe, daß die Herrschaften das ihnen gewährte Asylrecht mißbrauchen. Man ist Umtrieben, an denen insbesondere der Kronprinz beteiligt ist, auf die Spur gekommen. Der Kronprinz sei sehr stark beteiligt an der Vorbereitung eines großen Putsches; er wollte nach Deutschland entweichen und sich an die Spitze der monarchistischen Offiziere und Mannschaften stellen. Die Schuldbeweise hätte die holländische Polizei erhalten, indem sie eine Aktentasche bei dem Kammerdiener des Kronprinzen, der als Mittelperson bei den Verhandlungen diente, beschlagnahmte.

Soweit die in Holland umlaufenden Gerüchte. Daß die Hohenzollern sich nicht nur mit ihren Geldangelegenheiten, sondern auch mit Politik beschäftigen, daß namentlich der Kronprinz mit den bayerischen Reaktionären in enger Verbindung steht, ist bekannt. Es ist zu hoffen, daß über diese Verschwörung bald genaueres Material zutage gefördert wird. Vielleicht erkundigt sich die holländische Sozialdemokratie in der Kammer nach den Einzelheiten.

Jedenfalls ergibt sich als erste Schlußfolgerung, daß es geradezu Selbstmord wäre, wenn die preußische Republik den Hohenzollern für ihre Umsturzpläne noch länger das Geld der preußischen Steuerzahler zur Verfügung stellen würde. Notwendig wäre es, daß die deutsche Regierung sich Gewißheit über die kaiserlichen und kronprinzlichen Treibereien verschaffte, und daß dann endlich die Konfiskation des gesamten Vermögens der Umstürzler ausgesprochen wird. Dazu muß allerdings der preußische Landtag bei den Wahlen so zusammengesetzt werden, daß nicht die monarchistischen Parteien eine Majorität erlangen.

Der italienische Parteitag

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Livorno, 18. Januar.

Die gestern beabsichtigte Nachtsitzung ist ausgefallen. Heute nachmittag sprach namens der intransigenten Revolutionäre Lazzari gegen die Moskauer Bedingungen. Am Nachmittag forderte der Extremist Terracini die Annahme der Bedingungen unter Ausschluß der Ablehnenden. Baratono erklärt namens der Einheitskommunisten sein Einverständnis hierzu, wodurch die Einigung der Anhänger Serratis mit den Extremisten unerwartet nahe gerückt ist.

Keine feindlichen Absichten Rußlands

London, 18. Januar.

„Wireleß Preß" zufolge erklärte die russische Räteregierung drahtlos, alle Gerüchte betreffend bevorstehende Angriffe Sowjet-Rußlands auf Deutschland beruhten auf Unwahrheit. Die Räteregierung betrachte die Herstellung friedlicher Beziehungen zu ihrem Nachbar als erste und hauptsächlichste Aufgabe.

Die Zuchthausgemeinde

Die Verwaltungsorganisation der neuen Einheitsgemeinde scheint jetzt endlich langsam in Gang zu kommen. Die großen Schwierigkeiten, die im Gefolge der gewaltigen Aenderung in der kommunalen Verfassung Berlins eintreten mußten, werden langsam geringer. Der Magistrat hat sich eingelebt, die Deputationen haben ihre Arbeit aufgenommen, die Bezirksämter sind in der Bildung begriffen und stehen vor der Aufnahme ihrer Tätigkeit. Damit wird dann die geregelte Verwaltung, beruhend auf der systemvollen Abgrenzung der Befugnisse der städtischen Körperschaften, ihren Anfang nehmen können.

Aber schon tauchen neue Schwierigkeiten auf. Die bürgerlichen Parteien, die von Anfang an Gegner der Einheitsgemeinde waren, und deren Bestreben bisher schon immer von der Absicht geleitet war, dem neuen Berlin alle nur denkbaren Schwierigkeiten zu bereiten, fürchten den Augenblick, wo das neue Berlin die ersten positiven Leistungen aufweisen wird, an denen die Oeffentlichkeit erkennen würde, daß nun doch mit den neuen Männern auch neue Ziele und Absichten sich durchzusetzen beginnen.

Es war natürlich, daß eine der ersten Aufgaben der Einheitsgemeinde in dem Versuch der Ordnung der Finanzen bestehen würde. Ihre gewaltige Zerrüttung ist zwar das Werk des Krieges und der systemlosen kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, sowie die traurige Erbschaft der alten kommunalen Machthaber, die die Interessen ihrer Klasse höher stellten als die der Allgemeinheit. Trotzdem war die sozialistische Mehrheit Berlins durchaus geneigt, an der Gesundung der Finanzen mitzuwirken, in der Erkenntnis, daß sie die Vorbedingung ist für eine erfolgreiche und ersprießliche Tätigkeit gerade im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung.

Daß das nicht auf dem Wege möglich ist, den wir unabhängige Sozialdemokraten grundsätzlich für allein richtig halten, auf dem Wege der direkten Besteuerung der Einkommen, des Vermögens und der Erbschaften, zu denen die Gemeinde Zuschläge erhebt, auch das ist nicht die Schuld der Sozialisten, sondern die der bürgerlichen Parteien, die den Gemeinden die Hoheitsrechte auf steuerlichem Gebiet genommen haben. Die Einführung anderer Steuern ist deshalb ebenso unabweislich, wie sie unabhängig ist von den Mehrheitsverhältnissen in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Diese Körperschaften können gar keine anderen Wege gehen als den der Besteuerung des Aufwandes, des Grund und Bodens und des Gewerbes. Daher die Tatsache, daß in unzähligen deutschen Gemeinden diese Steuervorschläge vorgelegt werden oder bereits beschlossen sind, wie sie in Berlin gegenwärtig der Beratung unterliegen.

Die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Parteien der Stadtverordnetenversammlung treiben bewußte Heuchelei, wenn sie diese Tatsache außer Acht lassen. Denn das Berliner Steuerbündel ist entworfen nicht von irgend einem Sozialisten, sondern von dem „Demokraten" Boeß, dem jetzigen Kämmerer der Stadt Berlin, dem Kandidaten der bürgerlichen Parteien für den Posten des Oberbürgermeisters. Es handelt sich also durchaus nicht um irgendwelche sozialistischen Pläne, sondern um die auch von einem verantwortlich fühlenden Demokraten als notwendig anerkannten Schritte zur Gesundung der Finanzen der Gemeinde Berlin.

Hält man sich diese Tatsache vor Augen, und vergleicht man damit die von übelster Demagogie triefende Stellungnahme des gesamten Bürgertums zu den Steuervorlagen, so werden einem die gewaltigen Hemmnisse klar, die diese Parteien dem systematischen Aufbau der neuen Gemeinde in den Weg legen, weil sie sich nur leiten lassen von ihrem Haß gegen den Sozialismus, der Furcht vor ihrem Geldbeutel und der Sorge um die Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte.

Am deutlichsten sind diese ihre Absichten gegenüber der Wohnungsluxussteuer. Sie soll am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Sehr zum Leidwesen der bürgerlichen Parteien, deren Versuche, die Steuerordnung so zu verschlechtern, daß von ihr weder finanzielle noch soziale Wirkungen ausgehen, erfolgreich abgewehrt worden sind. Die bürgerlichen Parteien haben sich nun hinter die Geheimräte alter Schule in den Ministerien gesteckt und haben diese zu dem unerhörten Versuch aufgehetzt, die geplante Steuer unmöglich zu machen.

Demselben Zweck dient ein Artikel des Berliner Professors Bornhak im „Lokal-Anzeiger". Er sucht die Gesetzwidrigkeit der Wohnungssteuer zu beweisen, gefällt sich dabei aber in so absurden Gedankengängen, daß einem ohne weiteres klar ist, daß mit zunehmendem Alter auch bei Professoren die Gedankentiefe und Logik nicht zunimmt, sondern im rasenden Schwinden begriffen ist.

Beschränkt sich Bornhak aber im wesentlichen auf juristische Darlegungen, so steigt Herr Dr. Paul Michaelis, Stadtverordneter und Villenbewohner in Groß-Lichterfelde, im „Berliner Tageblatt" ins politische Gebiet. Seine Darlegungen, die wohl als die offizielle Meinung der Demokratischen Partei anzusehen sind, zeigen, daß im Mangel an sozialer Gesinnung die Demokratische Partei nach wie vor den Vogel abschießt. Wenn Herr Michaelis den Ehrgeiz gehabt hätte, den Beweis zu erbringen, daß die

Wahlaufrufe

Die Rechtssozialisten als kleinbürgerlich-reformistische Partei
Die Deutschnationalen für die Erhaltung des Eigennutzes

Die Rechtssozialisten veröffentlichen heute ihren Aufruf zu den Preußenwahlen. Kennzeichnend für den Geist, der in ihrer Partei herrscht, ist die Tatsache, daß in dem Aufruf keine bestimmten Forderungen aufgestellt werden, die die Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie zu erheben hat, sondern daß darin nur mit verschwommenen Ausdrücken gearbeitet wird, die von jedem Liberalen unterschrieben werden könnten. Es zeigt sich eben immer deutlicher, daß die Rechtssozialisten gar keine unabhängige sozialistische Partei der Arbeiterklasse mehr sein wollen, deren Politik mit revolutionärer Angriffskraft erfüllt ist, sondern daß sie eine Harmonie der Interessen der verschiedenen Klassen anstrebt und so immer mehr zu einer kleinbürgerlichen, reformistischen Partei hinabsinkt. Nicht ein einziges Mal ist in dem Aufruf von den Forderungen des Sozialismus, von den Aufgaben die Rede, die die soziale Revolution auch in Preußen noch zu erfüllen hat. Dagegen hören wir die alten Töne von Freiheit, Frieden, Brot, Ordnung und Gerechtigkeit, die ebensogut im Lexikon der bürgerlichen Parteien stehen können. Nicht die Worte aber sind es, auf die es ankommt, sondern der Kampf zwischen den Klassen bestimmt erst ihre Auslegung und Anwendung.

Das aber wollen die Rechtssozialisten gerade verhüten, daß der Kampf zwischen den Klassen, der den Inhalt der sozialen Revolution bildet, zum Austrag gebracht wird. Ihre ganze Politik im Reiche wie in Preußen legt Zeugnis davon ab, und auch ihr Aufruf zu den Preußenwahlen ist nichts anderes als eine Absage an den Klassenkampf des Proletariats. Nun klagen sie: „Im Reich hat die Reaktion das Ziel erreicht"; damit stellen sie aber ihrer eigenen Politik das denkbar schlechteste Zeugnis aus. Wenn im Reich die Reaktion ihr Ziel erreicht hat, wenn die Gegenrevolution in Bayern triumphiert und sie sich anschickt, ihr altes Bollwerk Preußen wieder zu erobern, so trägt daran die Hauptschuld die Politik der Rechtssozialisten, die der Reaktion alle Machtmittel der Wirtschaft und des Staatswesens ausliefert, die Bourgeoisie gestärkt und das Proletariat geschwächt hat. In seiner gestrigen Abendausgabe hat der „Vorwärts" es so darzustellen versucht, als ob die Zerklüftung der deutschen Arbeiterklasse, die diese unfähig zu jeder wirksamen Aktion gegen die Bourgeoisie macht, das Werk einiger Parteizerstörer sei, unter denen die Unabhängigen Sozialdemokraten an erster Stelle gestanden hätten. Demgegenüber muß immer aufs neue festgestellt werden, daß die Rechtssozialisten durch das Verlassen des Bodens des proletarischen Klassenkampfes die Arbeiterklasse gespalten haben; muß weiter daran erinnert werden, daß die Rechtssozialisten während des Krieges mit voller Absicht die Zerreißung der Einheitsorganisation dadurch herbeiführten, daß sie diejenigen Genossen, die den Burgfrieden mit der wilhelminischen Eroberungspolitik und die Verleugnung des Klassenkampfes nicht mitmachen wollten, erst einzeln, dann in Massen aus der Partei hinauswarfen und diese zwangen, eine neue Parteiorganisation zu bilden. Aber die Extreme berühren sich. Was die Rechtssozialisten während des Krieges begonnen haben, das wird jetzt von den Kommunisten fortgesetzt. Auch sie sind den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus untreu geworden und führen durch ihr Bekenntnis zu syndikalistischen Ideen und ihren Rückfall in die Putschtaktik das Zerstörungswerk an den Organisationen der Arbeiterklasse fort.

*

Auch die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht heute einen Aufruf zu den preußischen Wahlen. Er will, um seinen Inhalt kurz zusammenzufassen, die Rückkehr zu „fünf Jahrhunderte brandenburgisch-preußisch-deutsche Geschichte". Das besagt nichts anderes, als daß nach den Wünschen der Deutschnationalen Preußen wieder der Hort der schlimmsten Reaktion werden soll, zum Herrschaftsinstrument der ostelbischen Junker, der Militaristen und Bureaukraten. Das deutsche Volk hat es durch den Krieg erfahren, wohin es durch diese brandenburgisch-preußisch-deutsche Geschichte" geführt worden ist: in den Abgrund der Verelendung, der Verwüstung, der Verrottung, und es ist die schlimmste Heuchelei, die sich nur denken läßt, wenn der deutschnationale Wahlaufruf die jetzigen furchtbaren Zustände darauf zurückführt, daß im November 1918 die „brandenburgisch-preußisch-deutsche Geschichte" zusammengebrochen ist. Was der Aufruf an einzelnen Forderungen aufstellt, das zeigt, daß die Deutschnationalen nicht mit den jetzigen Verhältnissen an sich unzufrieden sind, sondern nur damit, daß noch nicht völlig die alten politischen Zustände wieder hergestellt sind. Sie wünschen die „Erhaltung des Eigenlebens", was soviel bedeutet, daß gegenüber den Forderungen des Sozialismus die Forderung der Bourgeoisie auf Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Eigennutzes, der Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung durch das agrarische und industrielle Kapital gesetzt wird.

Die Arbeiterschaft in ihrer Masse wird es bei den Preußenwahlen ablehnen, sowohl die rechtssozialistische, dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes feindliche Reformpolitik, wie auch die kommunistische Verwüstungspolitik, zu unterstützen; sie wird es aber auch ablehnen, der reaktionären deutschnationalen Politik durch Wahlfaulheit die Steigbügel zu halten. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat in ihrem Wahlaufruf das Sehnen des ganzen Proletariats nach der einheitlichen, vom Geiste des revolutionären Sozialismus getragenen Aktion zum Ausdruck gebracht. Durch die Wahl einer möglichst großen Zahl unabhängiger Sozialdemokraten in den preußischen Landtag muß das Proletariat Preußens zu erkennen geben, daß die Grundsätze und Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie die ihren sind!

Demokraten in der neuen Berliner Gemeinde noch heute die alten engstirnigen Bezirksvereinshelden seien, die sie immer gewesen sind, so hat er diesen Beweis vollauf erbracht.

Das ungeheure Wohnungselend in Groß-Berlin, das zu Eingriffen zwingt, das Finanzelend, das eine Beseitigung dringend erheischt, besteht für ihn überhaupt nicht mehr. Er sieht nur die Inhaber großer Wohnungen, die durch diese Steuerordnung entweder zur Abgabe von Wohnräumen oder zur Zahlung der entsprechenden Beträge gezwungen werden. Sie erscheinen ihm als die Schutzbedürftigen, und um ihr herbes Los vergießt er bittere Tränen, wobei er — der Mann des guten Tons! — sich von den schlimmsten Beschimpfungen nicht freihält. Er wagt es zu schreiben:

„Die Befürchtung ist gewiß nicht unberechtigt, daß nach dem Erlaß der Luxussteuer ein ganzes Heer von Beamten auf die unglücklichen Bewohner losgelassen würde, die natürlich zur höheren Ehre der „sozialen Gerechtigkeit" mit dem Meßband in der Hand die Wohnungen unsicher machen würden. Eine derartige Steuer, die sich noch dazu mit der Beschlagnahme überflüssiger Wohnräume im schärfsten Gegensatz befindet, würde uns der Zuchthausgemeinde, in der jeder nur seine Zelle zu beanspruchen hat, bedenklich näher bringen."

Das ist denn doch der Gipfelpunkt der Entstellung und des Mangels an jeglichem sozialen Empfinden, ist eine Beschimpfung der Absichten derjenigen, die die Steuer für notwendig halten, die alles erträgliche Maß übersteigt.

„Es ist nicht einzusehen, welche Notwendigkeit selbst unter den heutigen bedrängten Verhältnissen für diese Steuer besteht," schreibt Herr Michaelis heuchlerisch. Weiß er nichts von den ungeheuerlichen Zuständen, die in den Berliner Wohnungsverhältnissen bestehen, oder will er nichts davon wissen? Weiß er nicht, daß z. B. die letzte Erhebung über die Wohnungsverhältnisse der Mitglieder der Ortskrankenkasse in Berlin, bearbeitet von dem Direktor Albert Kohn, die erschreckende Tatsache bewiesen hat, daß selbst das Jahr 1918 bereits eine unerträgliche Verschlechterung in den Wohnungszuständen, selbst der Kranken, gebracht hat? Hat er niemals etwas davon gelesen, daß z. B. 527 Kranke nicht einmal einen Raum von vier Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung hatten? Weiß er nicht, daß 939 Kranke in Räumen hausten, die nicht einmal 2,50 Meter Höhe aufwiesen? Weiß er nicht, daß bereits 1912 in Groß-Berlin 100 000 Wohnungen vorhanden waren mit rund 600 000 Bewohnern, in denen mehr als 4 Personen auf ein heizbares Zimmer kamen? Weiß er nicht, daß Lungenkranke sogar in Räumen hausen mußten, die kein Fenster besaßen?

Das alles hat die statistische Aufnahme der Wohnungszustände aus dem Jahre 1918 ergeben. Heute haben wir aber viel, viel schlimmere Verhältnisse, und mit Schrecken denkt man daran, welche ungeheure Verschlechterung des Gesundheitszustandes, der Sittlichkeit und der Arbeitsfähigkeit bei hunderttausenden von Menschen nur deshalb eintritt, weil sie keine geeignete Wohnstätte besitzen.

Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. Es muß die Besserung versucht werden mit den Mitteln, die einer einzelnen Gemeinde zur Verfügung stehen. Und die Wohnungsluxussteuer soll sowohl das Geld wie auch die Räume bringen, durch die die Besserung wenigstens begonnen werden kann. Das aber will das Bürgertum nicht. Es kümmert sich nicht darum, ob Tausende und Abertausende elend zugrunde gehen, es will seine Bequemlichkeit und Schutz für seinen Geldbeutel.

In dem Dienst dieser Absicht stehen alle diejenigen, die die Wohnungsluxussteuer bekämpfen. Ihnen ist auch der Gedanke ein Greuel, daß ihre grundsätzlich herabsetzende Kritik an der Tätigkeit der neuen Einheitsgemeinde eingeschränkt werden könnte durch diese positive Maßnahme. Denn sie öffnet den großen Massen der Bevölkerung die Augen darüber, daß die sozialistische Mehrheit der Gemeinde sich nur leiten läßt von den Bedürfnissen der Allgemeinheit und daß die bürgerliche Minderheit nur kämpft für die Aufrechterhaltung der Vorrechte und den Schutz des Geldbeutels der wenigen Besitzenden.

Wenn auch deshalb die bürgerlichen Parteien ihren Haß gegen die Einheitsgemeinde durch die Benennung mit „Zuchthausgemeinde" krönen, von dem geraden Weg, den wir für den richtigen halten, werden sie uns dadurch nicht abbringen.

Neue Morde in Oberschlesien

In Oberschlesien häufen sich wieder die Ueberfälle. In ihrer letzten Protestkundgebung an die Interalliierte Kommission konnten die deutschen Parteien darauf hinweisen, daß die Zahl der Morde seit der Schaffung der Abstimmungspolizei auf 55 gestiegen sei, ungerechnet die vielen Einzelüberfälle. Jetzt kommen wieder Alarmnachrichten, die das Wolffbureau verbreitet. Danach erschienen am Sonntag nachmittag bei dem Fleischermeister Kasinski in Karlssegen bei Birkental 15 bis 20 Banditen. Sie umstellten die Besitzung. Sechs Banditen drangen in die Wohnung des Krasinski ein. Mit Handgranaten und Armeepistolen richteten sie in der Wohnung große Verwüstungen an. Kasinski wurde erschossen. Ein Beamter der Apo, der mit anderen Beamten zu Hilfe geeilt war, wurde ebenfalls erschossen, des weiteren drei Zivilpersonen, ferner eine Frau, Mutter von sechs Kindern. Drei Zivilisten wurden so schwer verletzt, daß sie schwerlich mit dem Leben davonkommen dürften.

Freitag abend wurde in die Wohnung des Oberingenieurs M. in Paruschowitz eine Brandbombe geworfen, die großen Schaden anrichtete.

Am 15. Januar, nachmittags 6 Uhr, drang in Pokoschwitz eine bewaffnete Bande von etwa 20 Mann ein. Sie stürmte das Gasthaus der Frau Lach, raubte 40 000 M., ferner Leibwäsche, Schuhe und Kleidung. Dann suchten sie nach dem Pflegesohn der Frau Lach, namens Bialek, der deutsch gesinnt war und schon einmal nach Polen verschleppt wurde, nach seiner Rückkehr aber seine Erlebnisse erzählte. Die Banditen fanden den jungen Mann und verschleppten ihn aufs Neue. Am Tage darauf wurde er im Walde bei Pokoschwitz tot aufgefunden. Die Leiche war in grauenhaftem Zustand.

Es handelt sich hier offenbar um gemeine Verbrechen, die weitab vom politischen Kampf liegen, und die sich ständig wiederholen. Es mutet sehr eigenartig an, daß es der interalliierten Kommission mit ihren tausend Soldaten und der starken Abstimmungspolizei nicht gelingen sollte, Leben und Eigentum der im Abstimmungsgebiet Wohnenden wirksam zu schützen. Es muß in diesem Zustand eine Aenderung eintreten, wenn größere umfassendere Ausschreitungen, die sich unzweifelhaft aus diesen Verhältnissen entwickeln müssen, vermieden werden sollen. Daß die Abstimmung selbst in einer solchen Gefahrenzone, wie sie Oberschlesien heute darstellt, geradezu zu einer Farce werden muß, ist nur selbstverständlich.

Der neue Beutezug der Agrarier

In der Konferenz der einzelstaatlichen Ernährungsminister, die am 15. Januar in Dresden stattfand, hat der Minister Dr. Hermes im Namen der Reichsregierung erklärt, daß die öffentliche Bewirtschaftung aufrecht erhalten werden müsse, daß aber die bisherige Form der Bewirtschaftung nicht mehr beibehalten werden könne. Die Stellungnahme der Konferenz wurde festgelegt durch die Annahme eines Antrages Oldenburgs, in dem es heißt:

„Die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides, der Gerste und des Hafers aus der Ernte 1921 muß aufrecht erhalten werden. Mit der Festsetzung der Mindestpreise wird jedoch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß das bisherige System der Bewirtschaftung nicht fortgeführt werden kann. An Stelle des bisherigen Systems muß das Umlage-System in erster Linie in Erwägung gezogen werden. Für den Fall, daß dieses System gewählt wird, müssen Gemeinden und Kreise Träger der Lieferung werden und muß der Reichsgetreideordnung eine Bestimmung eingefügt werden, nach der durch Umlage zur Ablieferung geforderte, aber nicht zur Ablieferung gelangte Mengen im Verwaltungswege durch Barzahlung in Höhe des Mehrfachen des Höchstpreises, mindestens des Weltmarktpreises verlangt werden kann."

Das bedeutet nichts anderes, als daß den Agrariern die Verteuerung des Getreides um ein Mehrfaches des bisherigen Preises, unter Umständen noch über den Weltmarktpreis hinaus, zugestanden werden soll. Die staatliche Bewirtschaftung will man, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen, der Form nach aufrecht erhalten; in Wirklichkeit aber soll die verbrauchende Bevölkerung den Agrariern zur schrankenlosen, durch den Staat garantierten Ausbeutung überliefert werden!

Wir werden auf diesen Skandal noch zurückkommen. Immer unverhüllter zeigt sich die Reichsregierung als ein Instrument der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung!

Aus der deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei

Ausschluß der kommunistischen Spaltpilze

Ein Telegramm aus Prag meldet, daß nach zweitägiger Beratung im Abgeordnetenhaus zu Prag die entscheidende Konferenz der Vertreter der deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei mit 50 gegen 7 Stimmen den Beschluß gefaßt hat, die von Kreibich geführte Reichenberger Gruppe aus der Partei auszuschließen, da sie eine ablehnende Stellung zu den Beschlüssen des vor einigen Monaten stattgefundenen Karlsbader Parteitages einnahm. Der Reichenberger „Vorwärts" hört auf, Parteiorgan zu sein. Die Vertreter der Reichenberger Gruppe erklärten, daß sie sich dem Beschluß nicht unterwerfen würden.

Zu der Vorgeschichte dieses Beschlusses, der den Beginn der Konsolidierung der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei bedeutet, ist folgendes zu sagen: Schon seit einiger Zeit wird von der sogenannten „Reichenberger Linken", die von Kreibich und Neurath geführt wird, ein heftiger Kampf gegen die Partei geführt, in der Absicht, die Partei völlig in das kommunistische Fahrwasser zu lotsen. Noch vor kurzem hielt die „Reichenberger Linke" eine Reichskonferenz ab, in der die Richtlinien für einen energischen Kampf gegen die Mehrheit der Partei festgelegt wurden. Der Reichenberger „Vorwärts", das Sprachorgan dieser Gruppe, überschrieb den Kommentar zu der Konferenz mit einem doppelspaltigen Titel: „Die kommunistische Partei muß kommen". Diesen Treibereien gegenüber konnte der Parteivorstand nicht untätig sein. In der Sitzung des Parteivorstandes vom 8. Januar beschäftigte er sich mit der Tätigkeit der Kreisorganisation Reichenberg und forderte sie auf, eine Sitzung einzuberufen, zu der auch vier Vertreter des Parteivorstandes zugezogen werden sollen, um eine eventuelle Verständigung über die Differenzen zu ermöglichen.

Wie aus dem heute eingegangenen Telegramm hervorgeht, scheint eine Verständigung mit den verkappten Kommunisten der „Reichenberger Linken" nicht zustande gekommen zu sein. Ihr Ausschluß aus der Partei war schließlich die notwendige Konsequenz ihrer bisherigen Haltung, die die Geschlossenheit und Disziplin der Partei völlig untergrub, ihre Aktionskraft lähmte und die Gefahr heraufbeschwor, daß die deutsche Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei in einen Trümmerhaufen verwandelt worden wäre.

Vor der Pariser Konferenz

Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Seite zu der bevorstehenden Pariser Konferenz, die britische Ansicht gehe dahin, daß eine Einigung in der Entwaffnungsfrage wahrscheinlich bald gefunden werden wird, ohne daß lange Erörterungen dazu notwendig sind. Mit Bezug auf die Reparation halte man es nicht für möglich, daß irgend etwas einer endgültigen Regelung Gleichkommendes auf der Pariser Konferenz erwartet werden kann. Wahrscheinlich werde man in dieser Frage nicht über einen allgemeinen Meinungsaustausch hinauskommen. Man sei in London der Ansicht, daß sie nichts Endgültiges ergeben kann, bevor weitere Nachrichten aus Deutschland vorliegen. In der Entschädigungsangelegenheit sei die Frage nicht nur, was die Alliierten wollten, sondern was sie bekommen könnten.

Griechenland gegenüber werde Großbritannien bestimmt große Zurückhaltung üben und Gelegenheit zu genauerer Beobachtung der Entwicklung wünschen, bevor es seine Haltung, die es von jeher in der türkischen Frage eingenommen hat, ändere. Jedoch auch hier seien die englischen Bevollmächtigten zu weitesten Erörterungen bereit.

Veränderungen im englischen Kabinett. „Times" bestätigt die bevorstehende Ernennung Churchills zum Nachfolger Milners in der Leitung des Kolonialministeriums. Der Nachfolger Churchills im Kriegsamt ist bisher noch nicht festgesetzt worden. Durch einen mit einer knappen Mehrheit angenommenen Kabinettsbeschluß werden die laut Friedensvertrag England zugewiesenen Mandatsgebiete dem Kolonialministerium unterstellt.

Die Auszeichnung

Skizze von Richard Krille.

In einer kleinen Industriestadt Sachsens, dort, wo sich eine Tuchfabrik an die andre reiht, stand unsre Wiege. — Diese Fabriken gaben der Stadt ihr Gepräge. Vor allem roch es, roch es überall nach Oel und Wolle. Aber nicht nur die Luft war damit geschwängert, sondern auch allen in den Fabriken Beschäftigten haftete dieser Duft an. Auch unserm Vater. Wir Kinder konnten gewissermaßen — riechen —, wenn er nach Hause gekommen war. . . .

Das Leben selbst war für die Proletarier freudlos und arm. Alle darbten sie und — schwitzten. Nur eins war reichlich — allzu reichlich vorhanden —, Kinder, und bei jedem der Neugeborenen stand Gevatter Sorge Pate. . . . Arme Weber — — —!

Da trat ein Gerücht auf: alle in der Fabrik von Gebrüder Naundorf 20 Jahre und länger beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sollten für ihre Arbeitstreue eine — „Auszeichnung" — erhalten. Welcher Art diese sei? — Kein Mensch wußte Näheres. Nur das eine war bisher bekannt, daß Recherchen und mündliche Aussprachen mit einigen der in Betracht Kommenden durch die Fabrikleitung gepflogen worden waren. — Diese Tatsache und einige Andeutungen des ersten Buchhalters brachten es zuwege, daß nun allen möglichen Kombinationen Tür und Tor geöffnet wurden. — Vor allem in den Familien, in denen sich ein — „Jubilar" — befand, zu denen auch wir gehörten.

Selbst die Mutter wurde von dem Banne erfaßt und kein Zweifel trat auf bei dem Gedanken, daß es sich für die in Frage Kommenden nur um ein größeres Geldgeschenk handeln könne. — Darüber waren alle einig, auch der Vater. Nur über die Höhe gingen die Meinungen auseinander. Die Mutter hoffte auf hundert Mark. Nicht willkürlich kam sie zu dieser Summe, sondern auf Grund einer Berechnung. „Man braucht ja nur," sagte sie stets, um Zweifeln zu begegnen, „für jedes der in der Fabrik vom Vater verbrachten 33 Jahre 3 M. als Geschenk anzunehmen, dann kommen annähernd 100 M. zusammen." — — „Drei ganze Mark pro Jahr als Belohnung sei bestimmt nicht viel." — Dieser Logik konnte sich keiner verschließen, und im Laufe der Tage nahm uns alle diese Zahl von 100 M. gefangen, ließ uns berechnen und wieder verwerfen, Pläne schmieden und wieder umstoßen. Wir sahen diese Summe schon auf dem Tische liegen, der eine in blanken Goldstücken, der andre in Silber oder Nickel, „damit es viel ausiehe". Die Mutter hörte es mit an und — lächelte. Wie oft wurde der Vater ersucht, seine Zustimmung zu geben, wenn ihm die Mutter wieder einen neuen Plan über die, im Hinblick auf das zu erwartende Geldgeschenk, zu machenden Ausgaben vorlegte. Wir Kinder sahen uns schon in neuen Anzügen und Kleidern und oft suchten wir die Geschäfte auf, um unsre Augen an den Auslagen zu weiden, in der stolzen Hoffnung, bald etwas davon besitzen zu können. Sogar für Spielzeug hatten wir die Mutter nach langem Bitten gewonnen. „Aber nur ein Stück für jeden," sagte sie, und damit waren wir ja gerne zufrieden.

So vergingen die Wochen — im Vorgeschmack des zu Erwartenden.

Endlich war der große Tag gekommen! Sein Herannahen hatte uns alle nur wenig Schlaf finden lassen, und früher als sonst, ohne von der Mutter geweckt zu werden, fanden wir uns in der Stube ein. Doch nicht lange hielt es uns zu Hause und wir suchten die Fabrik auf, um von der „Feierlichkeit", die der Ueberreichung der „Auszeichnungen" vorangehen sollte, etwas zu hören oder zu sehen. Auf Befragen erklärte der Portier, daß erst ½12 Uhr mittags alle vor dem „Kontor" Aufstellung nehmen werden. — Nichts brachte uns davon ab, bis dahin zu warten. — Ach, wie langsam schlichen die Stunden! Endlich ½12 Uhr! — — Einige Frauen aus der Fabrik kommend, versicherten, daß sich schon alle im Hofe versammelten. Unsre Erregung wuchs . . . .

Endlich — nach weiteren Minuten qualvollen Wartens schien der „feierliche Akt" zu Ende zu sein, und wir entdeckten unter den dem Fabriktor Zustrebenden unsern Vater, zu unserm Erstaunen mit einem — nach Form und Umfang zu schließen — verpackten, großen Bild unter dem linken Arm . . . . Seine Haltung sowohl wie sein Blick spiegelten keine Freude über das soeben Empfangene wider. „Vater," riefen wir schon von weitem, jedoch auch das vermochte ihm nur ein mildes Lächeln abzuringen. Wir sprangen auf ihn zu und nahmen das Bild aus seinen Händen. Da sah er uns an, einen nach dem andern, und seine Augen wurden feucht. „Nichts, Kinder!" Das waren die einzigen Worte, die er uns auf die vielen Fragen gab.

So gingen wir mit ihm nach Hause. Schweigend. Schon von weitem sahen wir die Mutter an der Haustür stehen. Sie forschte in unsern Mienen, um daraus zu lesen, ob ihre Erwartungen erfüllt, der Blick des Vaters schien ihr alles zu sagen. „Nichts!" Mit diesem Wort ließ er sich auf den ersten Stuhl niederfallen. „Keinen Pfennig!" „Dieses Ding da," und er zeigte dabei auf das nunmehr von uns „enthüllte" Bild. „Kein Geld?", wagte noch die Mutter zu fragen. Der Vater schüttelte nur den von beiden Händen gestützten Kopf, ohne aufzublicken . . . Das war zuviel vernichtetes Hoffen für die Mutter — — Sie ging in die Kammer und weinte bitterlich . . . . Schweigend stellten wir Kinder das im schwarzen Rahmen befindliche Ehrendiplom beiseite, darauf in großen Buchstaben geschrieben stand: „Für Treue in der Arbeit!"

Ziele und Wege der Volkshochschule. In einer Kundgebung der Volkshochschule Groß-Berlin sprach am Dienstag nachmittag im Berliner Rathaus der Geschäftsführer der Volkshochschule, Dr. Merz. Seine Ausführungen, als Werbevortrag speziell an die Stadtverordneten gerichtet, um diese der Bewilligung der finanziellen Beihilfe, die die Volkshochschule benötigt, geneigt zu machen, gingen aber darüber weit hinaus.

Als Aufgabe der Volkshochschule bezeichnete Merz die Schaffung des geistigen Rüstzeugs, das die breiten Massen des Volkes instand setzen soll, die politische Gleichberechtigung wirksam zu benutzen. In diesem Sinne hatte er sicher recht, wenn er die Volkshochschule eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes nannte. Er schilderte dann weiter die Organisationsform der Volkshochschule, die den Grundsätzen des vollständigen Selbstbestimmungsrechts entspreche. Bezirksausschüsse, Hörerausschüsse, gemeinsame Zusammenkünfte der Verwaltung mit den Lehrern und Hörern geben alle Sicherheit für einen Aufbau, der allen Wünschen des Volkes gerecht wird. Daß sich die Volkshochschule auch des Vertrauens erfreut, dessen sie bedarf, geht aus der schnell ansteigenden Hörerzahl hervor. Seit dem einjährigen Bestehen der Volkshochschule ist die Hörerzahl von 2300 auf 4400 gestiegen und wird binnen kurzem 5000 erreichen.

Wie kräftig die Berliner Volkshochschule dasteht, beweist die Anziehungskraft, die sie auf die benachbarten Institute ausübt. Während sie im Anfang nur das Weichbild des alten Berlins umfaßte, sind ihr jetzt fast alle Vororte angeschlossen. Ebenso kommen aus allen Ländern, europäischen und außereuropäischen, und aus vielen deutschen Städten Abordnungen, um die Organisation der Berliner Volkshochschule kennen zu lernen. Ein Hauptgewicht legte Dr. Merz auf die Gemeinschaftsarbeit, die in der Volkshochschule geleistet werde. Die Arbeitsgemeinschaft sei der Kernpunkt der Volkshochschularbeit. Von 150 Kursen sind allein 85 Arbeitsgemeinschaften. Hier allein ist die Erziehung zu geistiger Selbständigkeit möglich. Das bedingt natürlich eine beschränkte Schülerzahl für jeden Kursus. Dr. Merz gab dann eine gedrängte Uebersicht der Wissensgebiete, die an der Volkshochschule behandelt werden. Die Schärfung des Tatsachensinns, die Erziehung zum logischen Denken soll von den Naturwissenschaften geleistet werden, während die Geisteswissenschaften zur Erkenntnis und zur Abrundung des Welt- und Lebensbildes bestimmt sind. Merz sprach auch vom besonderen Typ des Volkshochschullehrers, der erst geschaffen werden müsse und schloß mit einem warmen Appell an die Stadtverordneten, der Volkshochschule das zu geben, was sie brauche, nachdem er schon vorher darauf hingewiesen hatte, daß der Bedarf einer höheren Schule den Etat der ganzen Volkshochschule übersteige.

Die italienische Parteikrise

Bemerkungen eines Teilnehmers am 2. Kongreß der Moskauer Internationale

In der lebhaften Diskussion, die in der italienischen sozialistischen Presse den Kongreß von Livorno einleitet, hat der „fraktionslose", das heißt keiner der verschiedenen organisierten Richtungen der Partei angehörende Genosse Vincenzo Vacirca in einem Artikel des „Avanti" vom 7. Januar einige interessante Angaben über den Charakter des 2. Kongresses der kommunistischen Internationale gemacht, die verdienen, den deutschen Genossen mitgeteilt zu werden. Daneben gibt der Artikel gute Informationen über die Situation in der italienischen Partei. Genosse Vacirca schreibt:

Als die Italienische Sozialistische Partei einstimmig der Moskauer Internationale beitrat, bedeutete dieser Beitritt dreierlei:

1. Protest und offener Krieg dem Sozialpatriotismus;

2. den Wunsch, die unverdorbenen Kräfte des Sozialismus der ganzen Welt, vor allen die, welche die furchtbare Kriegsprobe siegreich bestanden, zu einem Bund zusammenzuschließen;

3. unsre unbedingte Solidarität mit der russischen Revolution zum Ausdruck zu bringen in einem Augenblick, in dem selbst in sozialistischen Reihen Zweifel an der Entwicklung, die sie nahm, laut wurden. Es gibt nicht einen einzigen Sozialisten in Italien, der nicht gewillt wäre, es bei der Zugehörigkeit zur 3. Internationale wegen dieser dreifachen Bedeutung zu belassen.

Aber da kommt der sogenannte „zweite" Kongreß der 3. Internationale, ein Kongreß, der durch die Art und Weise seiner Organisation und trotz des Staubes, den er aufgewühlt hat, alles andre ist als der autorisierte Ausdruck eines reifen international orientierten Denkens. Es war ein russischer Kongreß, nichts weiter. Nicht eine große Partei, außer der italienischen, nahm daran teil. Und selbst unsre Partei konnte weder ihre Vertreter wählen noch im voraus über die Tagesordnung oder die Thesen diskutieren. Es befanden sich in Rußland italienische Sozialisten, Delegierte, teils von der Parteileitung, von der parlamentarischen Fraktion, teils vom Gewerkschaftsbund und unsern andern ökonomischen Organisationen, um die russischen Verhältnisse zu studieren. In Rußland angekommen, hörten wir von einem nahe bevorstehenden Kongreß. Wir telegraphierten an die Parteileitung, und diese ernannte zu ihren Vertretern Serrati, Graziadei und Bombacci, die sich nun vor die Aufgabe gestellt sahen, über die langen, verschiedenartigen und verwickelten Thesen (fast alle von der Hand Lenins geschrieben) zu diskutieren, ohne ehrlicherweise von sich behaupten zu können, die von der Partei dazu ermächtigten Interpreten der italienischen Meinung zu sein. In derselben Lage waren fast alle andern Delegierten, deren Mehrheit aus Russen bestand (darin einbegriffen die Völker verschiedenartiger Sprache, Rasse und Religion im russischen Staate), während der Rest unbedeutende politische Gruppen der verschiedensten Teile des Erdballs umfaßte.

Von diesem sonderbaren Kongreß, auf dem man vollständig die leidenschaftlichen Diskussionen vermißte, auf dem die Russen unbestritten dominierten und stets ihre Meinung durchdrückten, gegen die sich übrigens niemals Widerspruch erhob (sonderbare Einmütigkeit des Denkens, die mehr als den Eindruck einer völligen geistigen Uebereinstimmung, den eines suggestiven Unterliegens unter den Willen einer Minderheit machte) — von diesem Kongreß, sage ich, rühren die 21 Punkte her.

Heute wird die Partei vor die Wahl gestellt, sie anzunehmen oder abzulehnen. Die „reinen" Kommunisten sagen: Wir müssen sie annehmen, sei es auf Kosten der Spaltung der Partei. Die „Unitari" (die „Kommunisten", die die Einigkeit erhalten wollen) sagen: „Nehmen wir die 21 Punkte an, aber ohne Spaltung und mit der Möglichkeit, sie nach unsern Bedürfnissen auszulegen." Das ist ein Unding. Es gibt nur ein: Entweder — Oder. Die 21 Punkte fordern die Spaltung. Die „Unitari" müssen einsehen, daß man eine Einigkeit nicht mit Widerstreben, nicht mit Gewalt erzwingen kann.

Die Konzentrationisten (schreckliches Wort!) geben in ihrer Resolution von Reggio eine prinzipielle Erklärung ab, die mit der Mehrzahl der 21 Punkte übereinstimmt, lassen aber im unklaren darüber, ob und welche der „Punkte" sie verwerfen.

Die „unversöhnlichen Revolutionäre" endlich, wie sich die Genossen nennen, die sich zu einer Tagesordnung bekennen, die die Namen Bianchi, Filpetti und Levi trägt, bewahren betreffs der strittigen Punkte eine nicht deutlich geklärte Haltung.

Nun meine ich, daß, wenn der Kongreß von Livorno fruchtbar in Theorie und Praxis sein soll, er die 21 Bedingungen Punkt für Punkt beraten muß, und zwar gründlich. Da in bezug auf einige völlige Uebereinstimmung herrscht, muß auf die strittigen besonders eingegangen werden, jene Bedingungen, die mein in 21 Jahren der Parteizugehörigkeit erhärtetes sozialistisches Gewissen verwirft aus demselben Grunde, aus dem wir, den Spuren Marx' folgend, zu verschiedenen Malen den Blanquismus, den Reformismus alten Stils und den Anarchismus verworfen haben. —

Ich halte es für überflüssig, auch nur ein Wort über jene Torheit zu verlieren, die der Artikel 7 des Kodex der „reinen" kommunistischen Partei enthält.

Serrati hat, besonders in seinem Brief an Lenin, jene Fraktionen glänzend verteidigt, denen die intellektuellen und moralisch hochstehendsten Geister des italienischen Sozialismus angehören. Dagegen kann ich nicht schweigen über den 17. Punkt, der nur eine kleine Formalität zu sein scheint, aber meiner Meinung nach wichtige praktische Folgen hat. Es ist der Namenswechsel der Partei, der gefordert wird, „weil es nötig ist, daß jedem einfachen Arbeiter der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen „Sozialdemokraten und Sozialisten, die das Banner der Arbeiterklasse verraten", klar wird.

Folglich hat die Italienische Sozialistische Partei, die niemals das Banner der Arbeiterklasse verraten, nicht den geringsten Grund, ihren Namen zu verändern. Eine derartige Forderung trägt den Charakter moralischer Gewalttätigkeit, so daß der, der nicht allen sozialistischen Stolz verloren, sie zurückweisen muß.

Der Name einer Partei ist sittliches Erbgut. 28 Jahre sozialistischen Kampfes in Italien haben diesen Namen unbefleckt und ruhmreich den kommenden Geschlechtern vererbt. Das Aufgeben desselben ist eine Torheit oder Feigheit.

Die „Unitari" haben in salomonischer Weisheit ihrer Bereitwilligkeit, sich anzupassen, Ausdruck verliehen, indem sie vorschlagen, den Namen „Sozialisten" zu behalten, und das Wort „kommunistisch" als Adjektiv hinzuzufügen. Das nenne ich kindlich. Denn: entweder heißt kommunistisch dem Sozialismus entgegengesetzt oder verschieden von ihm — dann kann man nicht zu gleicher Zeit zwei entgegengesetzte Dinge vorstellen — oder kommunistisch heißt dasselbe wie Sozialist — dann ist eine Beifügung der Bezeichnung überflüssig. Nein, die sozialistische Partei soll ihren Namen bewahren. Es ist eine Forderung des gesunden Menschenverstandes und des sittlichen Ernstes.

Etatberatung im Hauptausschuß

Verschwendung bei Offizieren — Abstriche bei Arbeitern

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte am Montag die Beratung über den Etat des Reichsministeriums des Innern fort und genehmigte zunächst die Etatspositionen der physikalisch-technischen Reichsanstalt. Beim Landesvermessungsamt verlangt Brüninghaus (DVP.) eine genaue Aufführung der einzelnen beschäftigten Beamten und Offiziere.

Löwenstein (U. S. P.) bedauert die mangelhafte Organisation und Etatisierung der Landesvermessung. Die von dem Reichsrat vorgenommenen Abstriche sind charakteristisch. Bei den Beamten und Offizieren hat man nicht gestrichen; die Abstriche hat man vielmehr vorgenommen bei den Lohnangestellten und Arbeitern und bei den sachlichen Ausgaben, Instrumenten und Materialien. Vor allem bedroht die Entlassung von Arbeitern den Steindruck, der durch Herstellung und Fertigmachung von Karten von größter Bedeutung ist. Wir unterstreichen die volksbildnerische und wirtschaftliche Seite des Unternehmens. Wir wollen, daß das Institut immer mehr zu einem Erwerbsinstitut werde. Wir ersuchen daher die Regierung, den Steindruck nicht einzuschränken und keinerlei Entlassungen vorzunehmen, dagegen eingehend die Notwendigkeit und Qualifikation der Beamten und kommissarisch beschäftigten Offiziere genau nachzuprüfen.

Delbrück (DN.) betont die wissenschaftliche Bedeutung des Instituts und verlangt rechnerische Dotation.

Staatssekretär Lewald bedauert die summarische Streichung des Reichsrats. Die Organisation des Instituts leidet unter den partikularistischen Interessen der einzelnen Länder, die aber durch weitgehendes Entgegenkommen gegen Württemberg und Bayern behoben werden können. Er gibt noch einen historischen Ueberblick.

Hoch (Soz.) unterstreicht die Ausführungen von Löwenstein, kritisiert einzelne Mißstände und erhebt die Wünsche Löwensteins zum Antrag. Minister Koch und ein Vertreter der Landesvermessung sagen eine Nachprüfung zu und versprechen eine Revidierung für den nächsten Haushaltsetat. Mumm (Dntl.) und Burlage (Ztr.) unterstützen die Anregungen zur Besserung der Organisation. Löwenstein (U. S. P.) verlangt von der Regierung eine zustimmende Erklärung, daß keine Entlassungen vorgenommen werden sollen. (Diese Zustimmung erfolgt.) Gegenüber dem Minister wird auf rationellere Sparsamkeit gedrungen, die darin besteht, daß man durch Besserung des Betriebes die Einnahmen erhöht. Gelegenheit zur Sparsamkeit gibt es z. B. beim Nachweiseamt. Dort wird z. B. eine Heeresbücherei von 155 000 Bänden von 1 Oberleutnant, 2 Majoren, 1 Hauptmann, 1 Zahlmeister, 2 Akademikern, 1 Sekretär, 1 Amtsgehilfen, 5 Bibliothekarinnen, 1 Diener, 4 Frauen verwaltet. Außerdem muß entschieden gegen eine beabsichtigte kostspielige, sachlich absolut unberechtigte Verlegung der Nachweisebureaus von der Dorotheenstraße nach Spandau protestiert werden.

Der Antrag Hoch wird angenommen, ebenso eine Entschließung auf beschleunigte Etatisierung und Sicherung des Instituts.

Gegen die technische Nothilfe

Simon-Franken (U. S. P.): Wir lehnen die Mittel für die technische Nothilfe ab. Die technische Nothilfe wird von den organisierten Arbeitern als staatliche Streikbrecherorganisation betrachtet.

Delbrück tritt für die technische Nothilfe ein, glaubt aber, es wäre besser, dieselbe beim Arbeitsministerium unterzubringen.

Minister Koch ist auch nicht besonders erbaut darüber, daß die technische Nothilfe in seinem Etat untergebracht sei. Aber das Reichsarbeitsministerium habe geglaubt, daß es durch die technische Nothilfe in Reibungen mit solchen Organisationen komme, mit welchen es arbeiten müsse. Im übrigen nimmt der Minister die technische Nothilfe in Schutz und begründet die Notwendigkeit ihres Bestehens.

Müller-Franken (S. P. D.): Auch wir sehnen den Tag herbei, an dem die technische Nothilfe beseitigt werden kann. Die technische Nothilfe sei aus der Not der Zeit geboren.

Dr. Fleischer (Ztr.): Solange die Gewerkschaften wilde Streiks nicht verhindern können und solange durch politische Streiks die Existenz des Staates untergraben werde, könne man auf die technische Nothilfe nicht verzichten. Die technische Nothilfe sei auch zum Schutze der Gewerkschaften notwendig.

Simon-Franken (U. S. P.): Mit polizeilichen Maßnahmen könne man die wilden Streiks nicht verhindern, sondern dadurch, daß man die wirtschaftliche Not der Arbeiter beseitigt. Wenn aber insbesondere in der bürgerlichen Presse ein so großes Lamento über politische Streiks angeschlagen werde, so müsse er dies als Heuchelei bezeichnen. Wir haben weder bei dem Aerztestreik noch bei dem Hotelbesitzerstreik etwas davon gehört, daß diese Streiks von denselben Stellen verurteilt worden seien.

Bei der Abstimmung wird die Etatsposition mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen gegen die der U. S. P. und K. P. D. angenommen. Die S. P. D. enthielt sich der Abstimmung.

Groß-Berlin

Bildung einer Deputation für die städtische Feuersozietät

Der Magistrat hat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen mit dem Antrage, zwecks Bildung einer Deputation für die städtische Feuersozietät 6 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und zwei Bürgerdeputierte, die sämtlich Versicherungsnehmer der Sozietät, also sämtlich bei der Berliner städtischen Feuersozietät versicherte Hauseigentümer im Bezirk des alten Berlin sind, zu dieser Deputation zu wählen. Ursprünglich wurden durch den Beschluß, betreffend die Schaffung zentraler Verwaltungsdeputationen, die Feuersozietätsgeschäfte der Hochbaudeputation zugewiesen, zwecks Bildung eines Ausschusses auch für die Feuersozietät, da nur zwei Mitglieder der Hochbaudeputation Versicherungsnehmer der Sozietät sind, das Gesetz aber die Eigenschaft als Versicherungsnehmer (mit Ausnahme des Vorsitzenden und seines Stellvertreters) für sämtliche Deputationsmitglieder der Feuersozietät verlangt, war die Bildung eines dem Gesetz entsprechenden Ausschusses nicht möglich.

Charlottenburg. Zur Landtagswahl. Der frühere Stadtkreis Charlottenburg gehört zu dem Wahlkreis 3 (Potsdam II), der außerdem den Kreis Beeskow-Storkow, die früheren Stadtkreise Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, sowie den früheren Kreis Teltow umfaßt. Zum Kreiswahlleiter ist der Regierungsrat von Schon in Potsdam ernannt. Der Wahlkreis 3 (Potsdam II) bildet mit dem Wahlkreise 2 (Berlin) den Wahlkreisverband Brandenburg I. Zum Verbandswahlleiter ist der Berliner Stadtrat Schüning bestellt. Landeswahlleiter ist der Präsident des Statistischen Landesamts, Geh. Regierungsrat Dr. Sänger, Berlin, Lindenstraße 28. — Die Wählerlisten zur Landtagswahl liegen vom 23. bis 30. Januar 1921, wochentags von 12 bis 7 und Sonntags von 10 bis 5 Uhr, aus. Die Auslegungsorte sind in Charlottenburg dieselben wie bei den letzten Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen: Charlottenburger Rathaus, Berliner Str. 72-73, Märkischer Saal im 3. Stock und die Turnhallen der Königin Luiseschule, Danckelmannstraße 26-28, der Gemeindeschule 1 und 2, Pestalozzistr. 89-90, der Gemeindeschule 5, Kaiserin-Augusta-Allee 74 und der Gemeindeschule 7, Joachimsthaler Straße 31-32. — Einsprüche gegen die Wählerlisten sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist am Auslegungsort oder im Charlottenburger Wahlamt (Rathaus, Märkischer Saal) unter Vorlegung der Beweismittel mündlich oder schriftlich vorzubringen. — Anträge auf Ausstellung von Wahlscheinen werden bis zum 18. Februar d. J. im Wahlamt entgegengenommen, und vom 23. bis 30. Januar, wochentags von 12 bis 7 und Sonntags von 10 bis 5 Uhr, vom 31. 1. bis 18. 2. 21 wochentags von 8 bis 3 Uhr.

20. Verwaltungsbezirk. Sitzung der kommunalen Kommission sämtlicher Ortschaften am Mittwoch, 6 Uhr, Sitzungssaal Wirtschaftsamt Reinickendorf, Flottenstraße.

Getreideschieber-Prozeß. Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I begann gestern ein Prozeß gegen sechs Personen. Angeklagt waren der Spediteur Heinrich Epstein, Händler Johann Czerwinski, Kaufmann Siegmund Happ, Kraftwagenführer Richard Wandland, die Buchhalterin Bertha Köppe und der Eisenbahn-Unterassistent Albert Repp. Auf dem Berliner Ostbahnhofe liefen im März 1919 fünf Waggons mit Getreide ein, die nach Kottbus bestimmt waren und unterwegs nach Berlin umgeleitet wurden. Diese Umleitung des Transportes ist in Soldin erfolgt und kann nur mit Hilfe des dortigen Bahnpersonals bewerkstelligt worden sein. Auf den zu der Sendung gehörenden Frachtbriefen war der Vermerk „Kottbus" durchstrichen und durch die Worte „Berlin über Cüstrin" ersetzt worden. Sicher ist, daß bei den Umzettelungen der Waggons und ähnlichen Handlungen Eisenbahnangestellte beteiligt gewesen sein müssen. Das Getreide sollte in Berlin im Wege des Schleich- und Kettenhandels verschoben werden, wurde jedoch noch rechtzeitig durch die Reichsgetreidestelle mit Beschlag belegt. Da sämtliche Angeklagten jede Schuld in Abrede stellen, so ist eine umfangreiche Beweiserhebung erforderlich. Für den Prozeß sind mehrere Tage angesetzt.

Zähne à 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Der Reichskunstwart im Hauptausschuß. Die Annahme des Etats des Reichskunstwarts im Hauptausschuß des Reichstages macht einem unmöglichen Zustande ein Ende — bisher war die Dienststelle des Reichskunstwarts im Reichsministerium des Innern mit ihren Aufträgen für Kunstzwecke usw. auf Vorschüsse angewiesen, die seit einem Jahre auf den noch nicht bewilligten Etat hin ihr überwiesen wurden. Die Beratungen im Hauptausschuß verdienen aber auch weiter infolge der Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten Schultz-Bromberg die Aufmerksamkeit. Man weiß, daß die Stelle des Reichskunstwarts seit ihrer Begründung aufs Heftigste befehdet wird. Da ist auf der einen Seite der Widerstand der Behörden selbst, denen nur hier jemand eingeordnet wurde, der so etwas wie das künstlerische Gewissen der Reichsregierung sein soll. Und niemand bekommt gern Gewissensbisse, besonders nicht die Geheimräte und anderen Bureaukraten, die bisher in den Reichsstellen, z. B. bei der Post, aus unbekannten Gründen für kunstsachverständig galten. Nicht minder scharf ist aber die Opposition gegen ihn innerhalb der Künstlerschaft. Schon als Kunstschriftsteller und dann als Museumsdirektor in Erfurt und Stuttgart hat sich Redslob lebhaft für die junge Kunst eingesetzt. Grund genug, daß nun die älteren Künstler gegen den angeblichen Herold der Moderne anrennen. Früher hat immer die ganze Künstlerschaft mit Recht eine energische Berücksichtigung künstlerischer Ideen im ganzen Getriebe der Reichsverwaltung gefordert. Jetzt ist nun einer da, der so ungeheimrätlich wie möglich mit einer Fülle von Ideen für die Künstler Betätigungsmöglichkeiten schafft. Und da ist es den vielen wieder nicht recht, daß der Reichskunstwart einen persönlichen Geschmack hat. Stände an diesem Posten ein Mann, für den der Abgeordnete Schultz sich einsetzte, dann wäre gewiß die ganze fortschrittlich gesinnte Künstlerschaft gegen ihn. Um so mehr hätte sie jetzt allen Grund, sich tatkräftig hinter die Werkarbeitsbestrebungen des Reichskunstwarts zu stellen und nicht den ersten Versuch zum Scheitern zu bringen. Wie schlecht Schultz unterrichtet war, beweist übrigens seine Bemerkung über einen angeblichen Kunstwart für Preußen; gemeint war da offenbar der Referent für Musik im Preußischen Kultusministerium, Genosse Kestenberg, hinter dessen musikreformerische Tätigkeit sich die Musikwelt mit einer seltenen Einmütigkeit gestellt hat.

7. Konzert der Volksbühne. Zu Zeiten Schuberts hatte der Chorgesang, namentlich der Männerchorgesang, bei weitem nicht die Bedeutung, die ihm im Laufe des letzten Jahrhunderts mit der steigenden Teilnahme der Massen am öffentlichen Musikleben erwachsen ist. Für Schubert waren die „Liedertafel"produkte, wie sie unter Carl Friedrich Zelter, dem ersten Berliner Singakademiedirektor, gepflegt wurden, nur schwache Vorbilder, und er mußte sich, wie er selbst äußerte, erst zu der lebenskräftigen Form in dieser neuen Musikgattung durchringen. So erklangen in dem Volksbühnen-Konzert des Berliner Lehrergesangvereins, das Schubertschen Werken gewidmet war, neben mancher stark verblaßten Komposition („Ruhe, schönstes Glück der Erde", „Wein und Liebe"), Schöpfungen von unverblühter Schönheit und unvergänglichem Gehalt. Darunter der „Nachtgesang im Walde" mit Begleitung von 4 Hörnern, der auch heute noch stilprägend in die Entwicklung der Männerchorliteratur eingreift, und das nie zu oft gesungene, melodiesüße, echt wienerische „Ständchen", das in der umgearbeiteten Fassung von Schubert für Frauenchor und Altsolo bestimmt auch unter dem dynamisch feinen Vortrag der Männerstimmen mit führendem Bariton nichts an seinen köstlichen Reizen einbüßte. Im ganzen hätte man sich die Darbietungen des klangvoll ineinanderstimmenden Berliner Lehrergesangvereins unter der Leitung von Hugo Rüdel innerlich begeisterter und lebendiger in einzelnen Färbungen gewünscht.

F. F. W.

Die größte Funkenstation. Frankreich strebt danach, in der drahtlosen Telegraphie die Führung zu übernehmen, und zu diesem Zwecke wird jetzt in Ste. Assise bei Melun die größte drahtlose Station der Welt errichtet. Die Station wird nach ihrer Fertigstellung 16 Funkentürme haben, von denen jeder 800 Fuß hoch ist, und diese Türme werden 3 Kilometer Antennen tragen. Die Vollendung der Station nimmt 2 Jahre in Anspruch; doch werden ihr noch weitere ähnlich große Einrichtungen folgen, bis Paris in einem Radius von 50 Kilometern mit einer Kette von solchen Riesenstationen umgeben ist. Die Ste. Assise-Station wird imstande sein, 24 000 Worte in der Stunde auf lange Entfernungen und 48 000 Worte auf kurze Entfernungen zu senden.

Tages-Notizen

Veranstaltungen unserer Distrikte. Wilmersdorf am 29. Jan. Beethovenfeier unter Mitwirkung von Leo Kestenberg (Vortrag, Klavier), Lambinon (Geige), Sidney Biden (Gesang) in der Oberrealschule, Hindenburgstraße, 7 Uhr. Karten 2,50 M. bei den Funktionären und Abendkasse.

Die Große Volksoper Berlin hat Heinrich Schlusnus (Staatsoper) für ein großes Volkskonzert gewonnen, das weiteren Kreisen Gelegenheit geben soll, den gefeierten Künstler zu hören. Das Konzert findet am 21. d. M., 7½ Uhr, im großen Saal der Brauerei Happoldt, Hasenheide, Eingang Gräfestraße, statt.

Vortragskurse. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet einen Lehrgang über Auslandsdeutschtum und Deutschen Schulwesen im Ausland in Form von 14 zusammenhängenden aber in sich geschlossenen Vorlesungen im großen Hörsaal Potsdamer Straße 120 ab 24. Jan. jeden Montag und Donnerstag 6—½8 Uhr. Es lesen u. a.: Köhschke, Kühlmann, Luke Hartmann, Dr. Gober, Rektor Ludau usw. Näheres in der Geschäftsstelle des Instituts. Lehrgang 25 M., Einzelvortrag 3 M.

Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltet wirtschaftspolitische Abendkurse ab 19. Jan. jeden Mittwoch 8 Uhr, Schinkelplatz 6. Die Vortragenden reichen von Wissell, Rathenau und Melchior über Grüner, Kraus bis zu Stresemann.

Der Beirat f. d. Auslandsstudien an der Berliner Universität veranstaltet 15 Vorträge über Sowjetrußland und die Randstaaten. Es lesen bürgerliche Politiker, Gelehrte und Schriftsteller wie D. Lehquith, Dr. Hapke, Hoetzsch, Friedrichsen, Pohle, Rühl usw. im Januar und Februar jeden Montag und Donnerstag im Hörsaal 1 des Aulagebäudes.

Vortragsabende: Ella Reicher liest in der 3. Veranstaltung des Leon-Hirsch-Verlages im Scala-Klubsaal am 20. Jan., 8 Uhr, Altitalische Dichtungen. — Albert Talhoff liest am 20. Jan., ½8 Uhr, im Harmoniumsaal (7. Kammerkunstabend) unveröffentlichte Dichtungen. — Martin Berna liest am 23. Jan., ½8 Uhr, Harmoniumsaal, Gedichte von Dehmel, Markel, Berna.

Vorlesungen von Karl Kraus. Der Wiener Schriftsteller Karl Kraus liest am 25., 31., 28. Jan. aus Eigenen Schriften, Goethes „Pandora" und „Faust, 2. Teil, 5. Akt".

Gewerkschaftliches

Gewerkschaftsvorstände (Gewerkschaftskommission, Afa-Ortskartell)

sowie die Delegierten beider Körperschaften, Obleute und Vorsitzende der Angestellten und Betriebsräte!

Am Mittwoch, den 19. Januar 1921, abends 6 Uhr, findet im Wintersaal der Union-Brauerei (jetzt Schultheiß), Hasenheide, eine

Versammlung

sämtlicher freigewerkschaftlicher Vertrauensmänner-Obleute der Betriebe, der Vorsitzenden der Betriebsräte, sowie der Gewerkschaftskommissions- und Afa-Ortskartell-Vertreter statt.

Gewerkschaftskommissions- und Afa-Vertreter erhalten die Legitimation zugesandt.

Für die Vertrauensmänner-Obleute gilt die Legitimation der Organisation; für die Vorsitzenden der Betriebsräte außer Mitgliedsbuch und freigewerkschaftlicher Betriebsrats-Legitimation ein mit dem Firmenstempel versehener Ausweis, daß sie Betriebsrats-Vorsitzende sind. — Erscheinen ist unbedingt erforderlich, da die Loeweangelegenheit, Kurzarbeiter- und Arbeitslosenfragen einer Lösungsmöglichkeit entgegengeführt werden.

Afa-Ortskartell Groß-Berlin.
Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Der Demobilmachungskommissar sabotiert die Verordnungen des Reichsarbeitsministers

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Mit dem Demobilmachungskommissar ist in der Oeffentlichkeit sowohl als bei sonstigen Gelegenheiten ob seiner „Unparteilichkeit“ schon so gründlich abgerechnet worden, daß man annehmen konnte, diese Behörde hätte ihre Bureauräume längst dem Wohnungsamt zwecks Unterbringung obdachloser Familien zur Verfügung gestellt. Da wir uns in dieser Erwartung enttäuscht sehen, muß der in der Presse unter obiger Ueberschrift bereits früher behandelte Fall ergänzt werden.

Der damaligen Notiz lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Wir führten für die Angestellten der Buchhandlung A. Wollbrück & Co., Oranienburger Str. 59, eine Lohnbewegung, in welcher ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ergangen war. Die Firma lehnte den Spruch ab, so daß unsererseits beim Demobilmachungskommissar Verbindlichkeitserklärung beantragt wurde. Der Beamte des technischen Dezernats dieser Behörde stellte Erhebungen bei der Firma an und hat, ohne uns als Antragsteller hinzuzuziehen, einen Vergleich herbeigeführt, durch den die Angestellten nicht allein 20 Proz. von der vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Erhöhung ihrer Gehälter einbüßten, sondern auch 4 Angestellte aufs Straßenpflaster flogen, obwohl die Arbeitszeit im Betriebe noch nicht gestreckt war. Der Beamte des Demobilmachungskommissars war scheinbar nicht orientiert darüber, daß gerade seine Behörde für die Durchführung und Ueberwachung der Verordnung vom 12. Februar 1920 zu sorgen hat, und der Demobilmachungskommissar hielt es mit seiner Stellung vereinbar, solchen unorientierten Beamten mit derartigen Erhebungen zu betrauen. Das Zusammenarbeiten zwischen Demobilmachungskommissar und seinem technischen Dezernat scheint auch nicht gründlich zu sein, denn wir erhielten am Tage nach stattgefundenem Vergleich Ladung zum Termin vor dem Demobilmachungskommissar zwecks Verhandlung über unseren Antrag bezüglich Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches. Bei dieser Gelegenheit wurde unserem Vertreter eröffnet, daß der Antrag durch Vergleicher erledigt sei.

Gegen ein derartiges Verfahren erhoben wir Beschwerde beim Minister für Handel und Gewerbe aus formellen Gründen und richteten weiter die Anfrage an dieses Ministerium, wie es sich zu der Frage der Arbeitsstreckung stellt. Die Antwort war die gleiche wie die des Demobilmachungskommissars, nur wäre noch aus dieser Antwort hervorzuheben, daß der Minister sich ganz auf die Ausführungen des Sachverständigen des Demobilmachungskommissars stützt, in der behauptet wird, daß der Firma Wollbrück eine Arbeitsstreckung im Hinblick auf die Betriebsverhältnisse nicht zugemutet werden konnte, da sonst der Betrieb hätte stillgelegt werden müssen.

Am 3. Dezember revidierte sich aber das Ministerium für Handel und Gewerbe, indem es uns Mitteilung machte, daß die betreffende Streitsache zu weiteren Ermittelungen Anlaß gegeben hat. Von den auf Grund des Vergleichs hinausgeworfenen Angestellten hatte eine Angestellte auf Grund des § 12 der Verordnung vom 12. 2. 1920 Beschwerde beim Schlichtungsausschuß erhoben und dieser hat sich nach genauester Prüfung genötigt gesehen, einen einstimmigen Schiedsspruch zu fällen, der die Firma zur Wiedereinstellung und Nachzahlung des Gehaltes vom 1. 9. 1920 verpflichtet. In seiner Begründung sagt der Schiedsspruch mit Recht, daß selbst im Beisein des Beamten des Demobilmachungskommissars bei Abschluß des fraglichen Vergleichs gegen die Verordnung vom 12. 2. 1920 verstoßen wurde.

Der Sachverständige hatte sich in 10 Minuten so weit orientiert, daß er erklärte, eine Streckung der Arbeitszeit kann der Firma nicht zugemutet werden und am gleichen Abend wurden von **mehreren Angestellten 5 bis 6 Ueberstunden gemacht.** Diese Ueberstundenarbeit ist auch bis heute bei der Firma nicht eingestellt worden, was der Vertreter der Firma vor dem Schlichtungsausschuß ausdrücklich zugeben mußte.

Nun darf wohl angenommen werden, daß der Herr Demobilmachungskommissar den jetzt ergangenen Schiedsspruch für verbindlich erklärt, damit das damals begangene Unrecht gegenüber den Entlassenen wieder gutgemacht wird.

Oder sollten wir uns irren, Herr Demobilmachungskommissar?

Chemische Branche. Vertrauenspersonen, Betriebsräte, Obleute, Delegierten zur örtlichen Generalversammlung usw. Mittwoch, den 19. Januar, abends 7 Uhr, in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39, Funktionärversammlung.

Die Branchenleitung.

Aus den Organisationen

20. Verwaltungsbezirk. Gewerkschaftskommission, Abt. Reinickendorf. Mittwoch, 19. Jan., abends 7 Uhr, Sitzung der Kommission, der Betriebsräte der kommunalen und privaten Betriebe im Real-Gymnasium, Reinickendorf, Bernerstraße.

1. Distrikt. Frauenleseabend am Donnerstag, pünktlich 7 Uhr, im Abgeordnetenhaus, Zimmer 18. Genossin Wulff spricht über „Frauen und Landtagswahl“.

3. Distrikt. Mittwoch, abends 7 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5–7, öffentliche Wählerversammlung. Thema: Die U. S. P. im neuen preußischen Landtag. Referent: Genosse Dr. Weyl.

5. Distrikt. Mittwoch, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Schweikardt, Alte Jakobstr. 24. Die Abteilungsführer-Stellvertreter sowie die Mitglieder der Agitation und Zeitungskommission müssen daran teilnehmen.

7. Distrikt. Sitzung der Agitationskommission Mittwoch abend 7 Uhr bei Schulze, Reinickener Str. 34.

14. Distrikt. Mittwoch, 19. Januar, abends 7½ Uhr, Vorstandssitzung bei Kaiser, Gollnowstr. 34.

12. Distrikt. Mittwoch abend 7 Uhr Frauenleseabend, Pappel-Allee 41–42. Referentin: Genossin Gerhardt.

12. Distrikt. Mittwoch abend 6½ Uhr, Schulaula Scherenbergstr. 7, Elternversammlung. Genossin Beck spricht über „Rechte und Pflichten der Elternbeiräte“.

13. Distrikt. Eltern der 51. und 304. Gemeindeschule. Mittwoch 7 Uhr Versammlung in der Schulaula Schönfließer Str. 7. Erscheinen sämtlicher Eltern dringend notwendig.

15. Distrikt. Am Mittwoch, 19. Januar, abends 7 Uhr, findet bei Braun, Wilhelmshavener Str. 24, der Frauenleseabend statt. Referent: Genosse Richard Krille. Tagesordnung: Die Frauen und die Landtagswahl. Die Genossen werden sämtlich ersucht, ihre Frauen zu diesem Leseabend zu schicken.

15. Distrikt. Achtung Genossen! Am Mittwoch abend 7 Uhr findet bei Braun, Wilhelmshavener Str. 24, der Frauenleseabend statt. Thema: Die Frauen und die Landtagswahlen. Referent: Genosse Richard Krille. Die Genossen werden ersucht, ihre Frauen zu diesem sehr wichtigen Leseabend zu schicken.

17. Distrikt. Kommunale Kommission. Vollversammlung Mittwoch, den 19. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula der Schule Ruheplatzstr. 6–7. Erscheinen aller Genossen sehr notwendig. Alle Genossinnen und Genossen, die in einem kommunalen Ehrenamt tätig sind, auch solche, die sich für kommunale Angelegenheiten interessieren, werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen. Vortrag des Genossen Karl Leid „Berlin im Aufbau“.

18. Distrikt. Mittwoch abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Schurzmann, Stettiner Straße 11. — Donnerstag abend 7 Uhr Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Birnbaum, Bastianstr. 2.

Charlottenburg, 1. Gruppe. Mittwoch 7 Uhr Gruppenzahlabend, Nehringstr. 27. — Dienstag, 25. Jan., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 4.

Charlottenburg, 7. Gruppe. Mittwoch, 19. Januar, abends 7 Uhr, bei Thunack, Wielandstr. 4, Diskutierabend. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Elternbeiräte aus dem 11., 13., 14., 17. und 18. Distrikt, die zum dritten Verwaltungsbezirk gehören, entsenden je drei Delegierte zur Sitzung am 19. Januar, abends 6½ Uhr, bei Schurzmann, Stettiner Str. 12. Stellungnahme zur Reorganisation der Elternbeiräte. Wahl des Kreiselternbeirates.

Neukölln, Britz, Buckow, Rudow. Mittwoch, 19. Januar, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung im Rathaus, Berliner Straße, Sitzungssaal 2.

Steglitz. Achtung 4. Bezirk. Extrazahlabend am Mittwoch, 19. Januar, abends ½8 Uhr, im Lokal Sachsenwald Ecke Schönhauser Straße. Die Genossen haben pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Steglitz. Oeffentliche Wählerversammlung am 20. Januar, abends ½8 Uhr, im Gymnasium, Heesestraße.

Niederschönhausen. Mittwoch abend 7 Uhr, Stephan, Lindenstraße, große öffentliche Versammlung.

Oberschöneweide. Dienstag, abends 7½ Uhr, Sitzung der Landagitationskommission im Lokal von Jinberg.

Vereinskalender

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin e. V., Abteilung Schöneberg. Freitag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal Händel, Vorbergstr. 11, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht und Vorstandswahl.

Soz. Proletarierjugend Groß-Berlin. Für die Mitglieder des Reichsausschusses und der Reichszentrale werden für Sonnabend und evtl. Sonntag eine größere Zahl Freiquartiere benötigt. Die Gruppenvorsitzenden müssen die Adressen der Quartiere bis Donnerstag dem Jugendsekretariat, Breite Str. 8–9, Hof links, Eingang 6, part., mitteilen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

8. Distrikt, 7. Abteil.
Infolge eines Unfalles verstarb unser Genosse, der Tischler
Otto Weise
— Strahmannstraße 4.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Januar, nachm. ½3 Uhr, auf dem St. Markus-Kirchhof in Wilhelmsberg statt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Unserem Genossen
Rosenkranz
die besten Glückwünsche zum Geburtstage
Die Funktionäre der Ortsgruppe Britz.

Meyers Konversationslexikon, 6. (letzte) Auflage in 22 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9.

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser
Mittwoch, den 19. Januar 1921, nachm. 5½ Uhr im „Deutschen Hof“, Luckauer Str. 15
Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
Die gegenwärtige tarifliche Lage.
Zu dieser Versammlung sind die Generalversammlungsdelegierten, die Vertrauensleute und Druckereikassierer eingeladen.
Ohne Legitimation kein Einlaß! Der Vorstand.

Die soeben erschienene Nr. 2
der von Dr. Rudolf Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift
„DER SOZIALIST“
enthält folgende Beiträge:
Stoffwechsel des Parlamentarismus von Hugo Eberoth; **Bayerische Außenpolitik** von Albert Winter; **Manifest der marxistischen Opposition in der kommunistischen Partei Jugoslawiens; Proletarierkind und Kapitalismus** von Jema Hilt; **Amerika unter dem Spionagegesetz** von Walter Reller; **Aus der Internationale.**
„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post od. durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährl. M. 15.—, Einzelnummer M. 1.50 zu beziehen.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 10621

Schriften über Sozialisierung
*
Dr. Rudolf Hilferding
Die Sozialisierung
und die Machtverhältnisse der Klassen
3.– Mark
Karl Kautsky
Was ist Sozialisierung?
2. erweit. Auflage / 1.50 Mark
Karl Korsch
Was ist Sozialisierung?
Mit Anhang / 1.50 Mark
Emil Barth
Sozialisierung
ihre Notwendigkeit — ihre Möglichkeit
3.– Mark
Der Kampf um die Sozialisierung
Grundsätzliches und Materialien
2.– Mark
*
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 8–9
Organisationen / Gewerkschaften Preisermäßigung

Botenfrauen
für Wartburg- u. Apostel-Paulus-Str.
stellt ein
Spedition Wendt, Schöneberg, Gotenstr. 40.

Botenfrauen werden eingestellt Spedition Lachmann Stargarder Straße 13

Botenfrauen
sofort gesucht
Freiheit-Ausgabestelle
Marie Döring, Steinmetzstr. 23.

Wer die Wahrheit über Rußland erfahren will
lese das Buch von
Professor Dr. Carl Ballod:
Sowjet-Rußland
Preis 5.— Mark / Gebunden 7.— Mark
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2, Breite Str. 8-9
sowie in allen „Freiheit“-Speditionen

Der Bolschewismus wie er wirklich ist
wird behandelt in der Schrift von Jefimow
Die Soziologie des Bolschewismus
Preis 3 Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Möbel
Bedeutend herabgesetzte Preise.
Bar- oder Teilzahlung
Kleinste An- und Abzahlung
Wohnzimmer, Schlafzimmer
Speisezimmer, Herrenzimmer
beste Küchen, einzelne Möbel
liefere auch auswärts
Landwehr
Müllerstr. 7
Weddingplatz

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Kleine Anzeigen
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8–9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Gehrock- u. Frackanzüge, Smokinganzüge, Cutawayanzüge, Jackettanzüge, Ulsterpaletots aller Art, Hosen aus besten Friedensstoffen, Maßverarbeitung, teilweise wenig getragen, verkauft sehr preiswert Schnapek, Skalitzer Straße 128, Nähe Kottbuser Tor (Hausnummer achten). Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

Gardinen, Stores, Künstlergarnituren, Gelegenheitskäufe, staunend billig. Deutsch, Landsberger Straße 13.

Gelegenheitskauf. Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 295,— Mark, Jünglingsanzüge 240,—, Ruß, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Bettwäsche, Fabrikpreise, Hasenheide 23.

Möbel

Chaiselongues 150,— bis 600,—, Metallbetten 250,— bis 2000,—, weiße Schlafzimmer: Weicke, Augustr. 32a, Ongb.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, komplette Wohnungs-Einrichtungen, auch einzelne Möbelstücke, Büfetts, Schreibtische kauft Drimmer, Brunnenstraße 33 oder Elsasser Str. 37. Anruf Humboldt 709.

Küchen, moderne, mit und ohne Aufsätze, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 300 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Schlafzimmer, eiche, nußb., weiß, 3450.—, Stube gebraucht, Küchen 575.—, prima Emaillelack. Zahlungserleichterung. Auktionsspeicher Badstraße 31.

Chaiselongues 200.— bis 375.—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 100.—. Walter, Stargarder Straße 18.

Kaufgesuche

Grammophonplatten Bruchstücke 16.— Einkaufszentrale Kulmstr. 38 (Hochbahnhof Bülowstraße). Außerdem: Wilhelmshavener Straße 37, Reinickendorfer Straße 41.

Glühlampen, Spulendrähte kauft laufend Stoef, Brückenstraße 13. Telephon Moritzpl. 117

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 168.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Franke & Pilz, Schwedter Straße 258.

Werkzeuge u. Maschinen

Kaufe jeden Posten
Spiralbohrer
Schmirgelleinewand
Müller, [illegible] 3
Alexanderplatz

Zündkerzen, alte und neue, Kugellager, Vergaser, Magnete kauft laufend Fahrradgeschäft, Schönhauser Allee 143.

Elektrischer Einkauf, Draht, Kabel, Litzen, Motoren, Glühlampen, sowie alle Installationswaren. Einkaufszentrale Jennstraße 52 (Moabit 6934).

Spiralbohrer, Schmirgelleinwand, Reibahlen, Gewindebohrer, Holzbohrer, Hammer, Handbohrmaschinen, Stechbeitel, alle Arten Zangen, Holzschläger, Maschinenschrauben kauft gegen sofortige Kasse Werkzeughandlung Richthofenstraße 10. Königstadt 8657.

Spiralbohrer kauft Berger, Prenzlauer Str. 56 (Alexander).

Kugellager kauft dauernd jeden Posten Oberstr. 46 (Laden) Tel. Kgst. 2783.

Dynamo und Spulendrähte kauft Elektrobureau Lange Straße 271 (Alexander 2020).

Tiermarkt

Legehühner verkauft Landsberger Straße 11.

Verschiedenes

Haarschmuck repariert Bern, Reichenberger Straße 7.

Existenz (auch für Kriegsbeschädigte geeignet). Erforderlich ca. Mk. 100.—. Auskunft umsonst durch A. Allmann, Camphausen 12 (Saar) Abt. 2.